

## Synopsis

## Änderung des Übertretungsstrafgesetzes (ÜStG) und dessen Anhang

<b>Geltendes Recht</b>	<b>[M09] Antrag des Regierungsrats vom 2. März 2021; Vorlage Nr. 3205.2 (Laufnummer 16534)</b>
	<b>Übertretungsstrafgesetz (ÜStG)</b>
	Der Kantonsrat des Kantons Zug,  gestützt auf Art. 335 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs vom 21. Dezember 1937[SR <a href="#">311.0</a> ] (StGB) und auf § 41 Bst. b der Kantonsverfassung[BGS <a href="#">111.1</a> ],  <i>beschliesst:</i>
	<b>I.</b>
	Der Erlass BGS <a href="#">312.1</a> , Übertretungsstrafgesetz (ÜStG) vom 23. Mai 2013 (Stand 27. Februar 2016), wird wie folgt geändert:
<p><b>§ 13</b> Betteln</p> <p><sup>1</sup> Mit Busse wird bestraft, wer bettelt.</p>	<p><sup>1</sup> <del>Mit Busse</del> <u>Wer bettelt und damit die öffentliche Ordnung stört, wird mit Busse bestraft, wer bettelt.</u></p>
<p><b>§ 17</b> Befugnis zur Erhebung</p> <p><sup>1</sup> Uniformierte und nicht uniformierte Mitarbeitende der Polizei mit hoheitlicher polizeilicher Gewalt sowie Sicherheitsassistentinnen und -assistenten erheben Ordnungsbussen.</p> <p><sup>2</sup> Folgende weitere Funktionsträgerinnen und -träger sind zur Erhebung von Ordnungsbussen ermächtigt:</p>	<p><b>§ 17</b> Befugnis zur Erhebung <u>kantonalen Ordnungsbussen</u></p> <p><sup>2</sup> <del>Folgende weitere Funktionsträgerinnen</del> <u>Försterinnen und Förster, Wildhüterinnen und -träger Wildhüter sowie Fischereiaufseherinnen und Fischereiaufseher des kantonalen Amts für Wald und Wild sind zur Erhebung von Ordnungsbussen zudem in den Bereichen Fischerei, Jagd, Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz sowie Wald (Ziff. 2, 3, 4 und 7 gemäss Anhang[BGS <a href="#">312.1-A1</a>]) auf dem ganzen Kantonsgebiet ermächtigt; Ordnungsbussen zu erheben.</u></p>

<b>Geltendes Recht</b>	<b>[M09] Antrag des Regierungsrats vom 2. März 2021; Vorlage Nr. 3205.2 (Laufnummer 16534)</b>
<p>a) Försterinnen und Förster des kantonalen Amts für Wald und Wild, der Korporationen und der Waldgenossenschaft Steinhausen im Bereich Wald, soweit dieser jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich liegt;</p> <p>b) Wildhüterinnen und Wildhüter des kantonalen Amts für Wald und Wild im Bereich der Jagd auf dem ganzen Kantonsgebiet in ihrem Zuständigkeitsbereich;</p> <p>c) Fischereiaufseherinnen und -aufseher des kantonalen Amts für Wald und Wild im Bereich der Fischerei auf dem ganzen Kantonsgebiet.</p> <p>Sie haben sich gegenüber der fehlbaren Person mit einem amtlichen Ausweis zu legitimieren.</p>	<p>a) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>b) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>c) <i>Aufgehoben.</i></p>
<p><b>§ 20</b> Ausschluss des Ordnungsbussenverfahrens</p> <p><sup>1</sup> Das kantonale Ordnungsbussenverfahren ist ausgeschlossen</p> <p>a) gegenüber Kindern und Jugendlichen vor Vollendung des 15. Altersjahres;</p> <p>b) wenn der fehlbaren Person zusätzlich eine Widerhandlung vorgeworfen wird, die nicht im Ordnungsbussenverfahren erledigt werden kann;</p> <p>c) wenn die Gesamtbusse beim Zusammentreffen mehrerer Übertretungen den Betrag von 600 Franken übersteigt;</p> <p>d) wenn die fehlbare Person das Ordnungsbussenverfahren für eine oder mehrere der ihr vorgeworfenen Übertretungen ablehnt;</p> <p>e) wenn eine Beschlagnahme oder Einziehung zu erfolgen hat.</p>	<p>e) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>f) wenn die fehlbare Person anlässlich der Widerhandlung jemanden gefährdet oder verletzt oder Schaden verursacht hat;</p> <p>g) wenn die Verfahrenshandlungen nach der Schweizerischen Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (StPO)[SR <a href="#">312.0</a>] erforderlich sind, die in diesem Gesetz nicht genannt sind.</p>

<b>Geltendes Recht</b>	<b>[M09] Antrag des Regierungsrats vom 2. März 2021; Vorlage Nr. 3205.2 (Laufnummer 16534)</b>
	<p><b>§ 20a</b> Sicherstellung und Einziehung</p> <p><sup>1</sup> Mit der Erhebung der Ordnungsbusse werden Gegenstände und Vermögenswerte, die nach den Art. 69 f. StGB[SR <a href="#">311.0</a>] einzuziehen sind, sichergestellt.</p> <p><sup>2</sup> Die sichergestellten Gegenstände und Vermögenswerte gelten mit der Bezahlung der Busse als eingezogen.</p>
	<p><b>§ 20b</b> Ordnungsbusse im ordentlichen Strafverfahren</p> <p><sup>1</sup> Eine Ordnungsbusse kann auch im ordentlichen Strafverfahren ausgesprochen werden.</p>
<p><b>§ 21</b> Bezahlung</p> <p><sup>1</sup> Die fehlbare Person kann die Busse sofort oder innert 30 Tagen bezahlen.</p> <p><sup>2</sup> Bei sofortiger Bezahlung wird eine Quittung ausgestellt mit dem Vermerk von Ort, Datum, Zeit und der geahndeten Ordnungswidrigkeit, der Unterschrift der Kontrollperson sowie mit Hinweis auf die Rechtskraft. Der Name der fehlbaren Person wird darin nicht genannt.</p> <p><sup>3</sup> Bezahlt die fehlbare Person die Busse nicht sofort, erhält sie ein Bedenkfristformular mit Einzahlungsschein. Darauf werden zusätzlich zu den Angaben gemäss Absatz 2 der Name und Vorname der fehlbaren Person, ihr Heimatort, ihr Geburtsdatum sowie ihre Postadresse festgehalten. Die Polizei vernichtet das Bedenkfristformular, wenn die Busse innert 30 Tagen bezahlt wird.</p> <p><sup>4</sup> Wird die Busse nicht innert 30 Tagen bezahlt, wird das ordentliche Verfahren eingeleitet.</p>	

<p><b>Geltendes Recht</b></p>	<p><b>[M09] Antrag des Regierungsrats vom 2. März 2021; Vorlage Nr. 3205.2 (Laufnummer 16534)</b></p>
<p><sup>5</sup> Kann die fehlbare Person, die über keinen schweizerischen Wohnsitz verfügt, die Ordnungsbusse nicht sofort bezahlen oder lehnt sie das Ordnungsbussenverfahren ab, stellt das Kontrollorgan nach den Bestimmungen der Schweizerischen Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (Strafprozessordnung, StPO)[SR <a href="#">312.0</a>] Gegenstände oder Vermögenswerte von ihr oder einer Drittperson vorläufig sicher.</p>	<p><del><sup>5</sup> Kann die fehlbare Person, die über Wer in der Schweiz keinen schweizerischen Wohnsitz verfügt, hat und die Ordnungsbusse Busse nicht sofort bezahlen oder lehnt sie das Ordnungsbussenverfahren ab, stellt das Kontrollorgan nach bezahlt, hat den Bestimmungen der Schweizerischen Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (Strafprozessordnung, StPO) Gegenstände Betrag zu hinterlegen oder Vermögenswerte von ihr oder einer Drittperson vorläufig sichere eine angemessene Sicherheit zu leisten.</del></p> <p><sup>6</sup> Läuft die Bedenkfrist nach § 21 Abs. 1 unbenutzt ab oder akzeptiert die fehlbare Person die Ordnungsbusse innerhalb dieser Frist ausdrücklich, so wird der gemäss § 21 Abs. 5 hinterlegte Betrag mit der Ordnungsbusse verrechnet. Die Ordnungsbusse gilt mit der Verrechnung als bezahlt.</p>
	<p><b>II.</b></p>
	<p><b>1.</b> Der Erlass BGS <a href="#">161.1</a>, Gesetz über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) vom 26. August 2010 (Stand 13. April 2019), wird wie folgt geändert:</p>
<p><b>Gesetz über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG)</b></p>	
<p>vom 26. August 2010</p>	
<p><i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i></p>	
<p>gestützt auf Art. 14 und 445 der Schweizerischen Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO) vom 5. Oktober 2007[SR <a href="#">312.0</a>], Art. 4, 5, 54 Abs. 2, 68 Abs. 2 lit. d, 129, 142 Abs. 3 und 356 der Schweizerischen Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO) vom 19. Dezember 2008[SR <a href="#">272</a>], Art. 6 Abs. 2, 7 Abs. 3 und 8 der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (Jugendstrafprozessordnung, JStPO) vom 20. März 2009[SR <a href="#">312.1</a>], Art. 91 Abs. 3 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs (StGB) vom 21. Dezember 1937[SR <a href="#">311.0</a>], Art. 13 des Bundesgesetzes vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)[SR <a href="#">281.1</a>] sowie gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b</p>	<p>gestützt auf Art. 14 und 445 der Schweizerischen Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO) vom 5. Oktober 2007[SR <a href="#">312.0</a>], Art. 4, 5, 54 Abs. 2, 68 Abs. 2 lit. d, 129, 142 Abs. 3 und 356 der Schweizerischen Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO) vom 19. Dezember 2008[SR <a href="#">272</a>], Art. 6 Abs. 2, 7 Abs. 3 und 8 der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (Jugendstrafprozessordnung, JStPO) vom 20. März 2009[SR <a href="#">312.1</a>], Art. 91 Abs. 3 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs (StGB) vom 21. Dezember 1937[SR <a href="#">311.0</a>], Art. 13 des Bundesgesetzes vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) [SR <a href="#">281.1</a>], Art. 2 Abs. 1 des Ordnungsbussengesetzes (OBG) vom 18. März</p>

<b>Geltendes Recht</b>	<b>[M09] Antrag des Regierungsrats vom 2. März 2021; Vorlage Nr. 3205.2 (Laufnummer 16534)</b>
und I, § 54 Abs. 3, § 56, § 58 und § 63 Abs. 1 der Kantonsverfassung (KV)[BGS <a href="#">111.1</a> ],	2016[SR <a href="#">314.1</a> ] sowie gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b und I, § 54 Abs. 3, § 56, § 58 und § 63 Abs. 1 der Kantonsverfassung (KV)[BGS <a href="#">111.1</a> ],
<i>beschliesst:</i>	
<p><b>§ 104</b> Zuständigkeit</p> <p><sup>1</sup> Die Zuständigkeit für das Erheben strafrechtlicher Ordnungsbussen richtet sich nach dem Polizeigesetz[BGS <a href="#">512.1</a>] und nach dem Übertretungsstrafgesetz[BGS <a href="#">312.1</a>].</p> <p>a) ...</p> <p>b) ...</p> <p><sup>2</sup> Die Ordnungsbussen für diszipliniertes Verhalten im Verfahren gemäss ZPO[SR <a href="#">272</a>], StPO[SR <a href="#">312.0</a>] und JStPO[SR <a href="#">312.1</a>] werden vom zuständigen Gericht oder von der Staatsanwaltschaft erhoben.</p>	<p><sup>1</sup> Die Zuständigkeit für das Erheben strafrechtlicher Ordnungsbussen richtet sich nach dem <u>Ordnungsbussengesetz</u>[SR <a href="#">314.1</a>], <u>diesem Gesetz</u> [BGS <a href="#">161.1</a>], dem Polizeigesetz[BGS <a href="#">512.1</a>] und <del>nach</del> dem Übertretungsstrafgesetz[BGS <a href="#">312.1</a>].</p>
<p><b>§ 105</b> Erhebung von Ordnungsbussen gemäss Ordnungsbussengesetz (OBG)</p> <p><sup>1</sup> Die Polizeiorgane, zu denen auch die Sicherheitsassistentinnen und -assistenten sowie die Mitarbeitenden des Verkehrskontrolldienstes gehören, sind zum Erheben von Ordnungsbussen nur befugt, wenn sie Dienstuniform tragen.</p> <p><sup>2</sup> Sie können Ordnungsbussen für den ruhenden Verkehr und nach den Ordnungsbussenvorschriften in kantonalen Gesetzen oder in gemeindlichen Reglementen auch in Zivil erheben. In diesem Fall weisen sie sich unaufgefordert aus.</p>	<p><del><sup>1</sup> Die Polizeiorgane, zu denen auch die Uniformierte und nicht uniformierte Mitarbeitende der Polizei mit hoheitlicher polizeilicher Gewalt sowie Sicherheitsassistentinnen und -assistenten sowie die Mitarbeitenden des Verkehrskontrolldienstes gehören, sind zum Erheben von <u>erheben</u> Ordnungsbussen nur befugt, wenn sie Dienstuniform tragen.</del></p> <p><sup>2</sup> <i>Aufgehoben.</i></p>

<b>Geltendes Recht</b>	<b>[M09] Antrag des Regierungsrats vom 2. März 2021; Vorlage Nr. 3205.2 (Laufnummer 16534)</b>
	<p><sup>3</sup> Försterinnen und Förster, Wildhüterinnen und Wildhüter sowie Fischereiaufseherinnen und Fischereiaufseher des kantonalen Amts für Wald und Wild sind zudem in den Bereichen Natur- und Heimatschutz, Wald, Jagd und Fischerei (IV, XI, XII, XIII gemäss Anhang 2 zur Ordnungsbussenverordnung [OBV][SR <a href="#">314.11</a>]) auf dem ganzen Kantonsgebiet ermächtigt, Ordnungsbussen zu erheben.</p>
<p><b>§ 106</b> Verfahren</p> <p><sup>1</sup> Das Verfahren für den Vollzug des Bundes-Ordnungsbussenrechts richtet sich nach den Bestimmungen des jeweiligen Bundesgesetzes, dasjenige für den Vollzug des kantonalen Ordnungsbussenrechts nach den Bestimmungen des Übertretungsstrafgesetzes[BGS <a href="#">312.1</a>].</p> <p><sup>2</sup> Lehnt die Täterin oder der Täter das Ordnungsbussenverfahren ab oder bezahlt die Busse nicht innert der Bedenkfrist, so übermitteln die Polizeiorgane die Akten gemäss Art. 307 Abs. 3 StPO an die Staatsanwaltschaft, in den Fällen, in welchen die Übertretungsstrafbehörde der Gemeinde zuständig ist (§ 53), an diese.</p>	<p><sup>1</sup> Das Verfahren für den Vollzug des Bundes-Ordnungsbussenrechts richtet sich nach den Bestimmungen des <del>jeweiligen-Ordnungsbussengesetzes</del>[SR <a href="#">314.1</a>]<del>Bundesgesetzes</del>, dasjenige für den Vollzug des kantonalen Ordnungsbussenrechts nach den Bestimmungen des Übertretungsstrafgesetzes[BGS <a href="#">312.1</a>].</p>
	<p><b>2.</b> Der Erlass BGS <a href="#">312.1-A1</a>, Übertretungsstrafgesetz (Anhang: Bussenkatalog gemäss § 15 ÜStG) (ÜStG) vom 23. Mai 2013 (Stand 27. Februar 2016), wird wie folgt geändert:</p>
<p><b>Ziff. 3</b> Übertretungen im Bereich Jagd</p> <p><sup>1</sup> Busse in Franken</p> <p>3.1 Vorsätzliche oder fahrlässige aktive Beteiligung (auch ohne Waffe) an der Jagd ohne Jagdpatent oder Gastkarte (§ 9 in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz[BGS <a href="#">932.1</a>]): 100.–</p> <p>3.2 Vorsätzliches oder fahrlässiges Nichtmitführen der Jagdberechtigung (Jagdpatent, Gastkarte, Sonderbewilligung) bei der Jagd (§ 10 Abs. 2 in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz): 100.–</p>	<p>3.2 <i>Aufgehoben.</i></p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 2. März 2021; Vorlage Nr. 3205.2 (Laufnummer 16534)
3.3 Vorsätzliche oder fahrlässige Jagdausübung ausserhalb des Jagdgebietes (§ 11 Abs. 1 in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz): 300.–	
3.4 Vorsätzliche oder fahrlässige Missachtung der zeitlichen Einschränkungen der Jagd (§ 9 Jagdverordnung[BGS <a href="#">932.11</a> ]): in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz): 200.–	3.4 Vorsätzliche oder fahrlässige Missachtung der <del>zeitlichen</del> <u>tageszeitlichen</u> Einschränkungen der Jagd ( <del>§ 9</del> <u>§ 11</u> Jagdverordnung[BGS <a href="#">932.11</a> ]): in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz): 200.–
3.5 Vorsätzliches oder fahrlässiges Überschreiten der maximalen Gruppengrösse bei der Jagd (§ 12 Jagdverordnung in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz): 100.–	3.5 Vorsätzliches oder fahrlässiges Überschreiten der maximalen Gruppengrösse bei der Jagd ( <del>§ 12</del> <u>§ 14</u> Jagdverordnung in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz): 100.–
3.6 Vorsätzliche oder fahrlässige Verwendung nicht erlaubter Munition und Schusswaffen bei der Jagd (§ 13 Jagdverordnung in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz): 200.–	3.6 Vorsätzliche oder fahrlässige Verwendung nicht erlaubter Munition und Schusswaffen bei der Jagd ( <del>§ 13</del> <u>§ 15</u> Jagdverordnung in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz): 200.–
3.7 Vorsätzliches oder fahrlässiges unsachgemässes Kennzeichnen von Fallen (§ 16 Abs. 2 Jagdverordnung in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz): 100.–	
3.8 Vorsätzliches oder fahrlässiges unerlaubtes Jagen- oder Wildernlassen von Hunden (§§ 11, 17 und 32 Jagdverordnung in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz): 200.–	3.8 <i>Aufgehoben.</i>
3.9 Vorsätzliches oder fahrlässiges Einsetzen zu vieler Hunde bei der Jagd (§ 17 Abs. 3 Jagdverordnung in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz): 100.–	3.9 Vorsätzliches oder fahrlässiges Einsetzen zu vieler Hunde bei der Jagd (§ 17 <del>Abs. 3</del> <u>Abs. 2</u> Jagdverordnung in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz): 100.–
3.10 Unterlassenes, unvollständiges oder fehlerhaftes Ausfüllen der Schussmeldekarte (§ 24 Abs. 3 Jagdverordnung und die entsprechende Ziffer der jeweiligen Jagdbetriebsvorschriften der Direktion des Innern in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz); Vorsatz und Fahrlässigkeit sind strafbar: 100.–	3.10 Unterlassenes, unvollständiges oder fehlerhaftes Ausfüllen der Schussmeldekarte ( <del>§ 24 Abs. 3</del> <u>§ 23 Abs. 2</u> Jagdverordnung und die entsprechende Ziffer der jeweiligen Jagdbetriebsvorschriften der Direktion des Innern in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz); Vorsatz und Fahrlässigkeit sind strafbar: 100.–
3.11 Fehlende Wildmarke oder unkorrektes Anbringen der Wildmarke (die entsprechende Ziffer der jeweiligen Jagdbetriebsvorschriften der Direktion des Innern in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz); Vorsatz und Fahrlässigkeit sind strafbar: 100.–	

<b>Geltendes Recht</b>	<b>[M09] Antrag des Regierungsrats vom 2. März 2021; Vorlage Nr. 3205.2 (Laufnummer 16534)</b>
<p>3.12 Vorsätzlicher oder fahrlässiger Verstoss gegen die Parkierungsvorschriften oder die Fahrzeitenregelung bei der Jagd (§ 20 Abs. 2 und 3 Jagdverordnung in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz): 100.–</p> <p>3.13 Vorsätzlicher oder fahrlässiger Verstoss gegen die Einschränkung zur Bejagung in einzelnen Jagdbezirken (die entsprechende Ziffer der jeweiligen Jagdbetriebsvorschriften der Direktion des Innern in Verbindung mit § 44 Bst. b Jagdverordnung und § 37 Jagdgesetz): 200.–</p>	<p>3.12 Vorsätzlicher oder fahrlässiger Verstoss gegen die Parkierungsvorschriften oder die Fahrzeitenregelung bei der Jagd (<del>§ 20 Abs. 2 und 3 Jagdverordnung</del> <u>(die entsprechende Ziffer der jeweiligen Jagdbetriebsvorschriften der Direktion des Innern</u> in Verbindung mit § 37 Jagdgesetz): 100.–</p> <p>3.13 Vorsätzlicher oder fahrlässiger Verstoss gegen die Einschränkung zur Bejagung in einzelnen Jagdbezirken (die entsprechende Ziffer der jeweiligen Jagdbetriebsvorschriften der Direktion des Innern in Verbindung mit <del>§ 44</del> <u>§ 42 Abs. 1 Bst. b</u> Jagdverordnung und § 37 Jagdgesetz): 200.–</p>
<p><b>Ziff. 4</b> Übertretungen im Bereich Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz</p> <p><sup>1</sup> Busse in Franken</p> <p>4.1 Missachten des Pflück-, Ausgrabungs- und Vernichtungsverbots geschützter Pflanzen (§ 7 Abs. 1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz[BGS <a href="#">432.1</a>]): 100.–</p> <p>4.2 Missachten des Einfangungs- und Störungsverbots geschützter Tiere (§ 7 Abs. 1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz): 100.–</p> <p>4.3 Missachten des Verbots, standortfremde Tiere oder Pflanzen auszusetzen (§ 7 Abs. 1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz): 100.–</p> <p>4.4 Missachten des Lager- und Campierverbots (§ 7 Abs. 1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz): 100.–</p>	<p>4.1 Missachten des Pflück-, Ausgrabungs- und Vernichtungsverbots geschützter Pflanzen (§ 7 Abs. 1 <u>Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutzgesetz Landschaftsschutz, § 8 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Bst. a und f und § 14 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz</u>[BGS <a href="#">432.1</a>]): 100.–</p> <p>4.2 Missachten des Einfangungs- und Störungsverbots geschützter Tiere (§ 7 Abs. 1 <u>Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutzgesetz</u>)<u>Landschaftsschutz, § 8 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Bst. a und f und § 14 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz</u>): 100.–</p> <p>4.3 Missachten des Verbots, standortfremde Tiere oder Pflanzen auszusetzen (§ 7 Abs. 1 <u>Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutzgesetz</u>)<u>Landschaftsschutz, § 8 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Bst. a und f und § 14 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz</u>): 100.–</p> <p>4.4 Missachten des Lager- und Campierverbots (§ 7 Abs. 1 <u>Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutzgesetz</u>)<u>Landschaftsschutz, § 8 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Bst. a und f und § 14 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz</u>): 100.–</p>



<b>Geltendes Recht</b>	<b>[M09] Antrag des Regierungsrats vom 2. März 2021; Vorlage Nr. 3205.2 (Laufnummer 16534)</b>
4.5 Missachten des Verbots, Feuer zu entfachen (§ 7 Abs. 1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz): 200.–	4.5 Missachten des Verbots, Feuer zu entfachen (§ 7 Abs. 1 <u>Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutzgesetz</u> ) <u>Landschaftsschutz, § 8 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Bst. a und f und § 14 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz</u> ): 200.–
4.6 Missachten des Betretverbots (§ 7 Abs. 1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz): 100.–	4.6 Missachten des Betretverbots (§ 7 Abs. 1 <u>Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutzgesetz</u> ) <u>Landschaftsschutz, § 8 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Bst. a und f und § 14 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz</u> ): 100.–
4.7 Missachten des Verbots, die Wege zu verlassen (§ 7 Abs. 1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz): 100.–	4.7 Missachten des Verbots, die Wege zu verlassen (§ 7 Abs. 1 <u>Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutzgesetz</u> ) <u>Landschaftsschutz, § 8 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Bst. a und f und § 14 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz</u> ): 100.–
4.8 Missachten des Fahrverbots für nichtmotorisierte Fahrzeuge (§ 7 Abs. 1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz): 100.–	4.8 Missachten des Fahrverbots für nichtmotorisierte Fahrzeuge (§ 7 Abs. 1 <u>Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutzgesetz</u> ) <u>Landschaftsschutz, § 8 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Bst. a und f und § 14 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz</u> ): 100.–
4.9 Missachten des Fahrverbots für motorisierte Fahrzeuge (§ 7 Abs. 1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz): 100.–	4.9 Missachten des Fahrverbots für motorisierte Fahrzeuge (§ 7 Abs. 1 <u>Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutzgesetz</u> ) <u>Landschaftsschutz, § 8 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Bst. a und f und § 14 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz</u> ): 100.–
4.10 Missachten des Reitverbots (§ 7 Abs. 1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz): 200.–	4.10 Missachten des Reitverbots (§ 7 Abs. 1 <u>Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutzgesetz</u> ) <u>Landschaftsschutz, § 8 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Bst. a und f und § 14 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz</u> ): 200.–
4.11 Missachten des Betretverbots für Hunde (§ 7 Abs. 1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz): 100.–	4.11 Missachten des Betretverbots für Hunde (§ 7 Abs. 1 <u>Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutzgesetz</u> ) <u>Landschaftsschutz, § 8 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Bst. a und f und § 14 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz</u> ): 100.–
4.12 Missachten der Hundeleinenpflicht (§ 7 Abs. 1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz): 100.–	4.12 Missachten der Hundeleinenpflicht (§ 7 Abs. 1 <u>Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutzgesetz</u> ) <u>Landschaftsschutz, § 8 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Bst. a und f und § 14 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz</u> ): 100.–

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 2. März 2021; Vorlage Nr. 3205.2 (Laufnummer 16534)
<p>4.13 Missachten des Badeverbots (§ 7 Abs. 1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz): 100.–</p> <p>4.14 Missachten des Anlege-, Stationierungs- und Durchfahrtsverbots (§ 7 Abs. 1 Natur- und Landschaftsschutzgesetz): 100.–</p> <p>4.15 Missachten des Verbots, Wald-, Feld- und Gartenabfälle im Freien zu verbrennen (§ 9a in Verbindung mit § 38 EG USG[BGS <a href="#">811.1</a>]): 200.–</p>	<p>4.13 Missachten des Badeverbots (§ 7 Abs. 1 <u>Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutzgesetz</u>)<u>Landschaftsschutz, § 8 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Bst. a und f und § 14 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz</u>): 100.–</p> <p>4.14 Missachten des Anlege-, Stationierungs- und Durchfahrtsverbots (§ 7 Abs. 1 <u>Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutzgesetz</u>)<u>Landschaftsschutz, § 8 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Bst. a und f und § 14 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz</u>): 100.–</p> <p>4.16 Missachten des Verbots, Fluggeräte fliegen zu lassen (§ 7 Abs. 1 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz, § 8 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Bst. a und f und § 14 Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz): 100.–</p>
<p><b>Ziff. 5</b> Übertretungen im Bereich Gesundheit</p> <p><sup>1</sup> Busse in Franken</p> <p>5.1 Missachten des Rauchverbots als Gast (§ 48 in Verbindung mit § 68 Gesundheitsgesetz[BGS <a href="#">821.1</a>]): 100.–</p> <p>5.2 Missachten des Verbots, Jugendlichen unter 16 Jahren alkoholhaltige Getränke abzugeben (§ 3 Abs. 2 Bst. a in Verbindung mit § 29 Abs. 1 Gastgewerbegesetz[BGS <a href="#">943.11</a>]): 300.–</p> <p>5.3 Missachten des Verbots, Jugendlichen unter 18 Jahren Spirituosen oder verdünnte alkoholhaltige Getränke auf der Basis von Spirituosen abzugeben (§ 3 Abs. 2 Bst. b in Verbindung mit § 29 Abs. 1 Gastgewerbegesetz): 300.–</p> <p>5.4 Missachten des Verbots, Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren Tabakwaren zu verkaufen (§ 50 Abs. 1 in Verbindung mit § 68 Gesundheitsgesetz): 300.–</p>	<p>5.1 <i>Aufgehoben.</i></p> <p>5.2 <i>Aufgehoben.</i></p> <p>5.3 <i>Aufgehoben.</i></p> <p>5.4 <i>Aufgehoben.</i></p>
<p><b>Ziff. 7</b> Übertretungen im Bereich Wald</p>	

<b>Geltendes Recht</b>	<b>[M09] Antrag des Regierungsrats vom 2. März 2021; Vorlage Nr. 3205.2 (Laufnummer 16534)</b>
<p><sup>1</sup> Busse in Franken</p> <p>7.1 Vorsätzlicher oder fahrlässiger Verstoß gegen eingeschränkte oder verbotene störende Tätigkeiten im Wald (§ 9 Abs. 3 in Verbindung mit § 33 EG Waldgesetz[BGS <a href="#">931.1</a>]): 100.–</p> <p>7.2 Vorsätzliches oder fahrlässiges Missachten der Melde- und Bewilligungspflicht für Veranstaltungen im Wald (§ 11 in Verbindung mit § 33 EG Waldgesetz): 200.–</p> <p>7.3 Vorsätzliches oder fahrlässiges Missachten des Befahrungsverbots von Waldstrassen mit Motorfahrzeugen (§ 10 in Verbindung mit § 33 EG Waldgesetz): 100.–</p> <p>7.4 Vorsätzliche oder fahrlässige nachteilige Nutzung des Waldes ohne Ausnahmegewilligung (§ 11a in Verbindung mit § 33 EG Waldgesetz): 100.–</p>	<p>7.3 <i>Aufgehoben.</i></p>
	<b>III.</b>
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	<b>IV.</b>
	Diese Änderungen unterliegen dem fakultativen Referendum gemäss § 34 der Kantonsverfassung[BGS <a href="#">111.1</a> ]. Sie treten nach unbenutzter Referendumsfrist oder nach der Annahme durch das Volk an dem vom Regierungsrat bestimmten Zeitpunkt in Kraft[[Inkrafttreten am ...].
	Zug,  Kantonsrat des Kantons Zug  Die Präsidentin Esther Haas  Die stv. Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart

<b>Geltendes Recht</b>	<b>[M09] Antrag des Regierungsrats vom 2. März 2021; Vorlage Nr. 3205.2 (Laufnummer 16534)</b>
	Publiziert im Amtsblatt vom ...